Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 111 — Jahrgang 213

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postgeld. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 6. März

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 40 ₰, die 4gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 2.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Holland lehnt endgültig die Auslieferung ab

Hilfe für die Presse

Berlin, 5. März.

Unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Schmidt fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung mit den Vertretern der Länder statt, die sich mit Maßnahmen zu einer Verbilligung der Zeitungspapierpreise befaßte. Minister Schmidt wies auf die außerordentliche politische Bedeutung der Aktion hin, welche eine Katastrophe für die Presse abwenden soll. Es wurde beschlossen, daß die Länder in kürzester Frist der Reichsregierung eine Erklärung zugehen lassen über ihre Beteiligung an der Aktion zur Senkung der Preise durch Bereitstellung von billigem Papierholz. Nach den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers und des Unterstaatssekretärs Hirsch steht zu hoffen, daß die Länder sich zur Teilnahme an den zu treffenden Maßnahmen bereit erklären werden.

Die Not unserer Industrie

Beuthen, 5. März.

In einer Eingabe des Vereins der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen, östliche Gruppe, Sitz Kattowitz, heißt es unter anderem: Oberschlesien verhüttete im Jahre 1913 369 893 Tonnen Eisenerze aus Schweden, 34,7 Proz., im Jahre 1898 340 348 Tonnen, 34,8 Proz. des Gesamtbedarfes. Kommt die Erzversorgung aus Schweden infolge der Ablieferung des Schiffsraumes an die Entente ins Stocken, so müssen die hochöfen größtenteils stillgelegt werden, da sie mit den eisenarmen einheimischen Erzen allein nicht befriedigt werden können. Die Eingabe schließt mit der Bitte, dringend vorstellig zu werden, daß genügend Schiffsraum Deutschland stellen werde, da sonst der oberschlesischen Industrie ein unabsehbarer Schaden erwächst.

Unterausschüsse und „Kriegsverbrecher"

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin, 5. März.

Wie die Abendblätter melden, prüfte der parlamentarische Untersuchungsausschuß heute in einer Gesamtsitzung u. a. die Frage, inwieweit die Tätigkeit des 3. und 4. Unterausschusses in dem Verfahren des Reichsgerichtes gegen die sogenannten „Kriegsverbrecher" sich hereinzieht ließen. So wird der 4. Unterausschuß, dessen Vorsitz Dr. Landsberg, Abgeordneter Katzenstein übernommen hat, die Frage behandeln, was zur Unterrühlung der Front und des guten Geistes der Truppen geführt hat. Der 3. Unterausschuß wird sämtliche Völkerrechtswidrigkeiten als Arbeitsfeld übernehmen und zunächst die bereits begonnenen Vorarbeiten über die Behandlung unserer Gefangenen in Feindesland und die Frage der Blockade zu Ende führen.

Die internationale Anleihe

7 Prozent Zinsen.

Amsterdam, 5. März.

„Evening Standard" bestätigt den Beschluß des Obersten Rates, Deutschland zu gestatten, eine internationale Anleihe auszuschreiben, um sich die notwendigsten Rohstoffe und Lebensmittel zu beschaffen. Es sei noch kein Betrag für diese Anleihe festgesetzt, die vor der Summe, die Deutschland zur Sicherung der Entschädigung bezahlen muß, den Vorrang haben wird. Deutschland wird sowohl in den alliierten als auch in den neutralen Ländern und in Nord- und Südamerika seine Wertpapiere anbieten dürfen. In New-Yorker Bankkreisen soll laut „Telegraaf" sehr wenig Begeisterung für den Plan, eine internationale Anleihe für Deutschland auszugeben, herrschen. Optimistischen Schätzungen zufolge wird ein Betrag von 500 bis 1000 Millionen Dollar untergebracht werden können. Um Erfolg zu haben, müsse die Anleihe jedoch einen Reinzinsertrag von 7 Prozent einbringen.

Danzig gegen die polnische Absperrung

Berlin, 5. März.

Die „B. Z. a. M." meldet: In Danzig hat eine Massenkundgebung gegen die Ernährungsnot Danzigs stattgefunden. In einer an den Oberkommissar Tower gerichteten Entschließung heißt es, daß durch die Sperrung der Zufuhrstraßen für Lebensmittel nach dem Freistaat Danzig durch Polen die Bewohner Danzigs in geradezu schreckliche Not gerieten. Es wird verlangt, daß Danzigs Verbindungen mit dem früheren Belieferungsgebiet wiederhergestellt werden.

Räterepublik Lissabon

Aus Madrid wird berichtet: Nach Meldungen von Reisenden, die im Automobil über die portugiesische Grenze gekommen sind, ist infolge des Streiks der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenangestellten jeder Verkehr zwischen Spanien und Portugal abgeschnitten. Die bolschewistische Bewegung hat in Lissabon und Oporto gesiegt. Dort wurde die Räterepublik ausgerufen.

Die Ueberwachung des Hafens ist auf die Nachricht, daß mehrere Bolschewisten nach Katalonien kommen wollen, um dort Propaganda zu machen, schärfer durchgeführt werden. Gestern wurden vier Russen an Bord eines Schiffes zurückgehalten.

Hollands letztes Wort

Die neue Antwortnote Hollands.

Haag, 5. März.

Nach einer Meldung des Korr.-Bur. heißt es in der Antwortnote der niederländischen Regierung auf die letzte Note der Alliierten bezüglich der Auslieferung des deutschen Kaisers, die holländische Regierung habe erneut genau untersucht, was ihr im vorliegenden Falle ihre Pflicht vorschreibe. Sie werde jedoch zu keinem anderen Schlusse, als dem kommen, den sie bereits in ihrer Note vom 21. Januar niedergelegt habe, und der ihr nicht gestatte, dem Verlangen der Mächte Folge zu leisten. Da es zu den höchsten Pflichten der Regierung gehöre, die auf allgemeinen Rechtsgrundsätzen beruhenden verfassungsmäßigen Gesetze des Reiches zu achten, darf sie nicht unterlassen, noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, daß sie eine Tat begehen würde, die dem Rechte und der Gerechtigkeit widerspreche und mit der nationalen Ehre unvereinbar wäre, wenn sie unter dem Drängen der Mächte zulassen würde, diese Gesetze zu verletzen und dem auf holländischem Gebiet befindlichen Flüchtling die Rechte nehmen würde, die diese Gesetze ihm zuerkennen. Wenn die Regierung die einmal gegebene Antwort aufrechterhalten muß, so ist sie sich dennoch vollauf der Pflicht bewußt, die ihr die Anwesenheit des ehemaligen Kaisers auf dem Gebiete des Reiches auferlegt, sowohl im Interesse des Landes selbst, als in dem der internationalen Sicherheit. Von Anfang an ist die Regierung Ihrer Majestät bestrebt gewesen, dem nachzukommen, was ihr ihre Pflicht vorschreibt, und wird es auch weiterhin tun. Sie weiß, daß sie in der Lage ist, ihre Souveränität auszuüben, um an Ort und Stelle genügend Vorsorgemaßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Freiheit des ehemaligen Kaisers den erforderlichen Beschränkungen zu unterwerfen. Sie vertraut darauf, daß diese Erklärungen, die den Beweis liefern, daß die Niederlande die Gefahr in Rechnung ziehen, die die Mächte fürchten, nicht verfehlen werden, ihre Besorgnis zu beseitigen.

Um Erzbergers „Ehre"

Die Ausführungen der Verteidiger Erzbergers gipfelten darin, daß Erzbergers Ehre wiederhergestellt werden müßte. Strafmaß für Helfferich Nebensache.

Die bereits in der gestrigen Abendausgabe berichtete Erwähnung des Falles Thyssen durch Justizrat v. Gordon bringen wir nochmals ausführlich, da sie die wichtigste Frage darstellt.

Vier Gründe lagen vor, die den alten Thyssen bestimmten, den Nebenkläger in seinen Aufsichtsrat zu schicken. Erstens: er saß da draußen in Mülheim und hatte keinerlei genügende Orientierung, und er wollte jemand haben, der mit ihm die allgemeine politische Lage besprechen konnte. Zweitens war bekanntlich während des Krieges ein Wust von Verordnungen erschienen, in dem man sich kaum zurechtfinden konnte. Es bedurfte eines mit der Materie vertrauten und in der Hauptstadt orientierten Herrn, der Rat über solche Fragen im Aufsichtsrat geben konnte. Dann handelte es sich um die Interessen der Schwerindustrie. Diese Interessen wurden bisher durch den rechten Flügel der Nationalliberalen und die Konservativen vertreten; diese hatten aber nicht die Mehrheit. Was war da naheliegender, daß Thyssen, der katholisch ist, sich an die Zentrumspartei wandte und versuchte, auch in ihren Kreisen das Interesse für seinen Konzern zu erregen. Er hat Zentrumsabgeordnete nach seinen Werken eingeladen, und er kann auch darauf, jemand von Einfluß in seinen Aufsichtsrat hineinzubekommen, um ein noch größeres Verständnis für die Wichtigkeit des Unternehmens im vaterländischen Interesse zu erzielen. Und da suchte er sich Erzberger heraus, weil er vor allen Dingen seinen unermüdlichen Fleiß, seine Klugheit und seine Umsicht schätzte, vor allem aber, weil er seine — wie er wörtlich gesagt hat — „vornehme Gesinnung" kannte. Der vierte Grund war mehr auf ein Sonderinteresse seines Konzerns gerichtet gewesen. Es waren Verhältnisse eingetreten, welche gewisse Werke — wie Thyssen mit einem gewissen höhlichen Humor sagte — als „evangelische Werke", wie z. B. die Phönix- und Gute-Hoffnung-Hütte, einer gewissen Bevorzugung teilhaftig werden ließen, außerdem war den Kruppschen und Stummschen Werken eine Art von Monopolisierung eingeräumt worden. Man kam es da dem alten Thyssen nicht verdenken, daß er seinerseits hoffte, nun auch in die Reihe zu kommen, da er aus allen möglichen Gründen etwas zurückgesetzt war.

Das sind die vier Gründe, welche Thyssen bewogen, Erzberger aufzufordern, in seinen Aufsichtsrat einzutreten. Verlangt man etwas Derartiges von einem Menschen, so versetzt es sich von selbst, daß man ihm auch eine Entschädigung anbietet. Eine Beteiligung an der Dividende, wie sonst üblich, war bei Thyssen nicht möglich, da es sich um ein Familienunternehmen handelt, welches keine Dividende ausschüttet. Man mußte also einen anderen Modus finden, und setzte eine feste Entschädigung von 40 000 Mark fest, und zwar für eine sehr weitschichtige Tätigkeit. Daran knüpfen sich folgende drei Vorwürfe:

1. Erzberger habe seinen politischen Einfluß verkauft,
2. Erzberger habe in unzulässiger Weise Sonderinteressen des Konzerns vertreten,
3. und das ist der Vorwurf, auf den ich den größten Nachdruck lege: Erzberger habe auch seine Gesinnung verkauft in dem Sinne, daß, solange er dem Konzern angehörte, er strammer Annexionist war und sich nach seinem Ausscheiden in das Gegenteil gewandelt habe und in das Lager der Defaitisten übergegangen sei.

Von der Gegenseite ist gesagt worden, ein Abgeordneter müsse uneigennützig handeln. Das unterschreibe ich Wort für Wort. Aber ich muß dabei doch eine kleine Einschränkung machen und kann dem Oberstaatsanwalt doch nicht nach jeder Richtung hin folgen, der mit seinem Gedankengang auf ein etwas unrichtiges Gesetze geriet. Wenn man diesen Gedankengang weiter entwickeln würde, dann gibt es kein Parlament auf der ganzen Welt, in dem nicht gegen diese Theorie verstoßen wird. Wenn ich richtig verstanden habe, so gingen diese Ausführungen dahin, daß ein Angehöriger einer bestimmten Interessengruppe sich nur das Parlament wählen lassen könne, der Parlamentarier, der schon im Parlament ist, darf jedoch nicht hinterher sich plötzlich in den Aufsichtsrat einer bestimmten Interessengruppe wählen lassen. In dieser Deduktion ist ein Irrtum. Er hat vergessen, daß außer den Juristen und Fachleuten noch jemand hineingehört: nämlich der Mensch mit einem großen Ueberblick für wirtschaftliche Fragen. Ein solcher ist unter Umständen mehr wert als ein Jurist und Fachmann. Ich bin der Ansicht, daß das eine Frage ist, die

lediglich die Wähler interessiert,

ob z. B. ein von Landwirten gewählter Abgeordneter plötzlich für die Industrie eintritt usw. Ich habe aber nicht gehört, daß die Wähler von Biberach mit ihrem Abgeordneten Erzberger irgendwie unzufrieden waren. Was der Herr Oberstaatsanwalt in dieser Hinsicht gesagt hat, ist gerade kein Kompliment für eine ganze Reihe der Abgeordneten, welche eine Anzahl Aufsichtsratsstellen auf ihre Schultern genommen haben. Ich will nur darauf hinweisen, daß im alten Reichstag z. B. Bassermann mit nicht weniger als dreizehn Aufsichtsratsstellen belastet war, Paasche mit zehn, Baber mit mehreren, Dr. Stresemann mit einer langen Reihe verschiedener Posten usw., und ebenso ist es jetzt in der Nationalversammlung. Diese Herren alle würden ja sehr kompromittiert sein, wenn man jene Theorien als richtig anerkennen würde.

Ein Abgeordneter darf niemals gegen das Gemeinwohl handeln, er darf keine unberechtigte Bevorzugung einnehmen und er darf niemals, wenn er etwas durchsetzen will, mit Repressalien drohen. Werden diese Grenzen eingehalten, dann ist gegen eine derartige Interessenvertretung gar nichts einzuwenden. Erzberger hat nie mit Repressalien gedroht, wenn er erklärte, er wolle die Sache im Parlament zur Sprache bringen, so tat er nicht Unrecht, denn dazu ist das Parlament da. Der Fall Angele zeigt, daß es vielfach die Furcht vor Erzberger war, welche die Behörden ganz ohne jeden Grund hatten. Dafür ist aber Erzberger nicht verantwortlich zu machen.

Und nun stelle ich die Frage im einzelnen: hat Erzberger bei seiner Tätigkeit als Aufsichtsrat bei Thyssen diese Grenzen nicht innegehalten? Die Antwort darauf hat schon der Zeuge Rabes gegeben, der auf die Frage des Vorsitzenden, ob ihm ein Fall bekannt geworden, wo der Nebenkläger die allgemeinen Interessen geschädigt hätte, prompt mit einem „Nein" antwortete.

Der Verteidiger erörtert sodann die Aktionen, die der alte Thyssen in bezug auf die Ausbeutung der Gruben im Briey-Gebiet unter Mitwirkung Erzbergers unternommen hat, und kommt zu dem Schluß, daß Herrn Erzberger auch nicht der allergeringste Vorwurf aus diesen Aktionen gemacht werden könne. Man müsse doch in aller Welt fragen, ob ein solches Eintreten für das, was einem als das gute Recht geschildert worden, seitens eines Aufsichtsrats, der gleichzeitig Parlamentarier ist, nicht zulässig sein solle. Der Thyssen-Konzern produziert ein Zehntel alles Stahls, was wir in Deutschland haben, und es kam darauf an, daß das Unternehmen produktionsfähig blieb. Es handelte sich also um Parallelinteressen des Vaterlandes und des Thyssen-Konzerns und das Verhalten des Nebenklägers in diesen Aktionen war tipp topp. Niemals habe es Erzberger übernommen, für die Annexion der Gruben einzutreten, sondern es habe sich für ihn immer nur um die Ausbeutung während des Krieges gehandelt. Und letzteres war das vernünftigste, was überhaupt möglich war. Tatsächlich sei aus den Gruben, die die Schutzverwaltung in Betrieb nahm, so gut wie nichts herausgekommen. Staatliche Betriebe seien ja fast immer nicht in demselben Maße produktiv, als wenn Privat-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192003061-14/fragment/page=0001

Interessen mitspielen. In bezug auf Drottaumont konnte eine Bevorzugung Thyssens gar nicht stattfinden, es waren ja noch mehrere Gruben vorhanden, die zur Verfügung gestellt werden konnten, es fehlte an Bewerbern. Es liege in diesem Falle keinerlei Unternehmung gegen das Gemeinwohl, und die Angriffe, die die Gegenseite daran geknüpft habe, beruhten offenbar auf einem Mißverständnis. Erzberger habe durchaus nicht eine „unkeusche Zumutung" in bezug auf einen Verstoß gegen das Völkerrecht gemacht. Was Erzbergers Intervention in der Frage der Ausfuhr von Schutzschilden, die der Thyssen-Konzern betrieb, betrifft, so kann man darüber streiten, ob eine solche Ausfuhrbewilligung objektiv berechtigt war oder nicht. Jedenfalls waren Erzberger die Dinge so geschildert, daß er der Meinung war, sie lägen schon mit Rücksicht auf die Valuta im vaterländischen Interesse, um solche Genehmigung zu erteilen. Er hat sich aber durch Gegengründe überzeugen lassen und sich der Ueberzeugung anschließen müssen, daß das Pepitum des Thyssen-Konzerns unberechtigt war. Mit der Beschaffung von Aufträgen für den Thyssen-Konzern habe sich Erzberger nie befaßt. Alles in allem: Erzberger habe als Aufsichtsrat absolut korrekt gehandelt, in voller Harmonie der Pflichterfüllung bei seiner parlamentarischen Tätigkeit für das Gesamtwohl und seiner Täätigkeit als Aufsichtsrat. Es könne nicht davon die Rede sein, daß er als „Angestellter" zu betrachten sei. Der alte Thyssen habe diese Ansicht schon mit Entrüstung zurückgewiesen.

Der Vereidiger widerlegt sodann unter Vorführung einer großen Reihe tatsächlicher Momente den Vorwurf, daß Erzberger nach seinem Austritt aus dem Thyssen-Konzern einen vollständigen

Gesinnungswechsel

vorgenommen habe. Der Angeklagte habe aber trotz aller geltend gemachten Gegenbeweise an diesen Vorwürfen festgehalten. Er, der Redner, habe an diesem starken Festhalten einen Hinweis dafür gesehen, ob nicht dies als eine Behauptung wider besseres Wissen aufzufassen sei. Er habe diese Ansicht schon in seinem Strafantrag aufgenommen, halte sie aber jetzt nicht mehr aufrecht, weil er gesehen habe, mit welcher — er wolle sich nur so ausdrücken — „Benommenheit" der Angeklagte alles ansehe, was seinen Feind Erzberger betrifft. Dem Angeklagten sei es zu verdanken, daß er den betreffenden Passus in seiner Broschüre aufgenommen habe, ohne sich zunächst über die Zeit vollständig zu unterrichten, in welcher er überhaupt Aufsichtsrat geworden war. Aber der Angeklagte habe die Energie nicht gehabt, zuzugestehen, daß er sich in diesem Punkte geirrt habe. Die Beweisaufnahme habe den ganzen Entwicklungsgang, der schließlich zum freien Austritt Erzbergers führte, ganz klar gelegt. Der alte Thyssen war nicht damit zufrieden, daß Erzberger nunmehr nach links schwenkte, daß er in bezug auf den U-Bootkrieg anderer Ansicht war und den Standpunkt einnahm, daß ein Friede ohne Annexion zu erstreben sei. Das habe Thyssen nicht in seinen Kram gepaßt, es kam zu Meinungsdifferenzen, und da habe Erzberger nicht etwa seine politische Ueberzeugung geopfert, sondern seine Aufsichtsratsstellung und die damit verbundenen Bezüge von 40 000 Mark aufgegeben. Der Angeklagte habe es nicht unterlassen können, noch zwei kleine Spritzer gegen seinen Gegner zu senden: daß er nachher aus Rache dem Thyssen-Konzern in Sachen der Frage der „Ausfuhrvergütung" geschadet habe. Keinerlei unsachliche Haltung sei in diesem Punkte dem Nebenkläger nachzuweisen, ihn treffen keinerlei Vorwürfe. Der alte Thyssen habe nachdrücklichst bekundet, daß bei der „vornehmen Gesinnung Erzbergers" es ganz ausgeschlossen sei, daß er einen Racheakt vorgenommen habe. Erzberger habe in der ganzen Thyssen-Affäre und ihrer Beendigung eine mustergültige Ueberzeugungstreue bekundet und es darüber zum Bruch kommen lassen. Das sei ein großes Aktivum, welches in der Oeffentlichkeit noch nicht genügend bewertet worden ist.

Geheimrat von Gordon kommt dann im weiteren Verlauf seiner Rede auf den

Fall Hermann

zu sprechen.

Man könne es dem Abgeordneten Hermann (Reutlingen) vollkommen nachfühlen, wenn er die Handhabung der Bestimmungen über die Einzahlung von Kriegsanleihen eine „Roßidee" nannte. Die Leute seien ja förmlich betrogen worden, und deshalb habe der Reichsfinanzminister eine Ausnahme gestattet, und zwar aus gesundem Menschenverstand, aus Billigkeits- und Anstandsgefühl. Kurzum, es liege nichts von einer Vermischung politischer und geschäftlicher Interessen vor. In der Oeffentlichkeit wird einem, wenn man versuche, Erzberger zu verteidigen, immer vorgehalten: „Wo hat Erzberger denn seine Millionen her?" Der Diebstahl der Steuerakten hat bewiesen, daß diese Millionen ein Märchen sind. Es befindet sich auch nichts in der Schweiz, obgleich die unglaublichsten Anstrengungen gemacht worden sind, etwas zu entdecken. Man hat nur drei Konten gefunden, mit denen Erzberger etwas zu tun hatte, aber zu einem bestimmten Zweck. Erzberger ist absolut mit reinen Händen aus der Tätigkeit hervorgegangen, die er für den Staat entfaltet hat. Hätte dieser Mann sich nur im Geschäftsleben betätigt, dann wäre er heute Millionär. Eine unzulässige Verquickung für seine eigene Tasche liegt ihm völlig fern. Wie damals in diesem selben Saal, anläßlich des Krupp-Prozesses, Rechtsanwalt Liebknecht die Toga des Sittenrichters umgeworfen habe, und wie damals das Ausland uns wegen solcher Prozesse ausgelacht habe, so habe auch hier der Angeklagte Helfferich die Toga des Sittenrichters umgeworfen und das Ausland lache uns aus, daß wir in solcher trüben Zeit, in der wir alle Kräfte für den Wiederaufbau benötigen, uns mit solchen unrichtigen Beschuldigungen beschäftigen müssen. Der Redner streift sodann das Gebiet der Unwahrhaftigkeit und der Unanständigkeiten. In Bezug auf den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit habe es ihm Erzberger nicht so leicht gemacht wie bei den Verquickungsfällen. Erzberger stehe seit seinem 28. Jahre im politischen Leben, in dem es weniger auf Exaktheit als auf praktisches politisches Wissen ankäme. Es müsse allerdings eine gewisse

Schwäche in der Kunst der Wiedergabe

bei Erzberger festgestellt werden, aber eine bewußte Unwahrheit und ein Hang zum Lügen sei nicht festzustellen. Nach kurzer Erläuterung der Fälle Pöplaus und Flottenverein, in dem nach Ansicht des Redners dem Nebenkläger nach keiner Richtung hin ein Verstoß gegen die Wohlanständigkeit vorgeworfen werden könne, tritt eine kurze Mittagspause ein.

Die Nachmittags-Sitzung

Das Plaidoyer des Geheimen Justizrats von Gordon für Erzberger dauerte, wie unser hf.-Sonderberichterstatter drahtet, bis in die dritte Nachmittagsstunde. Gordon führte noch aus, daß Erzbergers Haltung in Bezug auf

Bethmann Hollwegs Abgang

keinesfalls unzuverlässig gewesen sei. Man hätte hier von einem Zeugen gehört, daß die Friedensresolution an sich nicht gegen Bethmann Hollweg gerichtet war. Erzberger habe unter seinem Eide in dieser Beziehung nichts Falsches ausgesagt.

Gordon wandte sich hier mit einer artigen Geste zu seinem Gegner Alsberg. Ich bin überzeugt, wenn Erzberger wegen Meineides angeklagt wäre, und den Kollegen Alsberg als Verteidiger in dieser Sache hätte, er glatt freigesprochen würde.

Dann Erzbergers Gedächtnis! Es gibt Menschen, die haben ein gutes Gedächtnis, während andere über ein schlechtes Gedächtnis verfügen. In der Regel ist es so, daß diejenigen, die das schlechte Gedächtnis haben, am wenigsten produzieren. Erzberger trägt sein Herz auf der Zunge. Er ist ein Kind der schwäbischen Erde, eine frische, kecke, zugreifende Natur, die nicht erwartet, daß ihm alles bis ins kleinste zerpflückt wird, und daß man ihn, wie es nun hier geschehen ist, sorgsam aufgespeicherte Notizen vorhält. Die Gegenseite arbeitet mit Papier und Tinte, während Erzbergers Gedächtnis Fleisch und Blut ist. Dazu kommt weiter, wenn man Erzberger gerecht werden soll, seine ungemein große Bereitwilligkeit und seine Hilfsbereitschaft. Die Art, wie er alle möglichen Leute empfiehlt, ist durchaus nicht nach seinem Geschmack, darin stimme ich Herrn Helfferich bei. Aber es ist von Erzberger niemals böse gemeint, und es entspricht seiner ganzen lebhaften Veranlagung.

Der Verteidiger meint, er könne ihn mit

Alexander von Humboldt

vergleichen, der auch die Gewohnheit hatte, soweit es möglich war, jeden zu empfehlen. Erzberger verfüge auch über eine starke Phantasie. Der Politiker müsse einen breiteren Horizont haben und könne sich nicht immer an exakt zu Beweisendes halten. Kraft seiner Phantasie habe er eine lebhafte Vorstellung von der Größe des Weltmeeres gehabt, und wenn Statistiker und andere Personen ausrechneten, Amerika könne so schnell in den Krieg nicht eintreten, so hat ihn seine Phantasie weiterblicken lassen. So habe er an den Weg über Sibirien und sicher noch an manches andere gedacht. In engem Zusammenhange mit dieser lebhaften Phantasie siehe auch sein starker Optimismus. Im Gegensatz dazu sei es die Eigenart Helfferichs, die Dinge nicht sofort anzupacken, sondern zaudernd ihnen gegenüberzustehen. Beides habe seine Vorzüge. Man möge dann aber auch Erzberger in seinen Vorzügen gerecht werden.

Gordon erwähnt dann, die

Steuerorganisation,

die Erzberger geschaffen, die Verreichlichung der Eisenbahnen usw., die ein Meisterwerk wären. Im ganzen könne man sagen, er sei eine Art Eisbrecher, und solche Personen müssen wir haben. Er habe sich oft gefragt, woher kommt denn eigentlich der außerordentlich starke Haß, unter dem Erzberger zweifellos zu leiden habe. Man kann vielleicht sagen: Volksstimme — Gottesstimme, aber dann nur des Gottes, den das Volk sich wünscht. Mit großer Pflichttreue habe Erzberger die undankbarsten Aufgaben übernommen und durchgeführt. Die Friedensresolution, die Waffenstillstandsverhandlungen, die Heranschaffung des Geldes, um die ungeheuren Ansprüche des Feindes zu befriedigen, alles ist sein Werk, und wer weiß, ruft Gordon, was geschehen wäre, wenn Erzberger nicht unterzeichnet hätte. Ich muß sagen: Hut ab vor diesem Mann, selbst wenn manches anders hätte gemacht werden können. Erzberger ist durchaus keine Idealfigur, er hat natürlich auch seine Fehler, aber im ganzen müsse man doch sagen, es gelte von ihm das Wort: im Anfang war die Tat.

Zum Schluß meinte der Redner: Seine persönliche und politische Auffassung prädestiniere ihn keineswegs zu einem Freund des Zentrums, aber in seinem langen Leben habe er stets den Grundsatz vertreten, die Persönlichkeit des Gegners loszulösen von der Partei. Ihm sei ein Unabhängiger von anständigem Charakter genau so lieb wie ein Agrarier.

Justizrat von Gordon fand dann einige Worte für Helfferich, dessen Verdienste er keineswegs schmälern wollte. Er erwähnte dann auch Helfferichs vorzügliches Buch über das Wirtschaftsleben. Was das Strafmaß beträfe, so stimme er den öffentlichen Anklägern zu, daß der § 193 nicht Platz greifen könne. Er stelle die Art und die Höhe der Strafe ganz dem Ermessen des Gerichts anheim, fühle sich aber verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß doch immerhin hier ein Minister in schwerster Form angegriffen wurde. Der Verteidigung liegt aber nicht so sehr an der Bestrafung des Gegners, als daß hier festgestellt wurde, daß, möge auch das Bild des Politikers Erzberger noch lange in der Bewertung schwanken, an der Ehrenhaftigkeit des Charakters nicht zu rütteln sei.

Alsdann ergreift

Rechtsanwalt Dr. Friedländer

das Wort.

Der Redner begann seine Ausführungen mit der Erklärung, daß Erzberger zweifellos schwere Fehler begangen habe, die er büße und auch schon gebüßt habe, das habe aber damit nichts zu tun, daß er beanspruchen dürfe, hier eine gerechte Würdigung zu erhalten. Seit Jahren spukte die Verleumdung gegen Erzberger umher, die auch von manchen ganz urteilsfähigen Leuten geglaubt wurden. Hinter allem suchte man Erzberger, jede Schmach wurde an seinen Namen gehängt. Der Angeklagte habe sich als

Retter des Vaterlandes

hingestellt, aber er sei nicht dieser Messias, denn man vermisse den großen Zug an ihm. Erzberger habe kein Sprungbrett zum Weiterkommen zur höchsten politischen Höhe gehabt, sondern durch rastlosen Fleiß, Klugheit und Tatkraft sei er emporgestiegen. Er habe immer im Interesse des Vaterlandes gearbeitet und die im gegebenen Augenblick ihm zugedachten hohen Ordensauszeichnungen abgelehnt. Der Verteidiger verliest dann zwei Briefe des Herrn von Bethmann Hollweg, in denen dieser Erzberger für seine Erfolge dankt. Wenn Erzberger diesem und jenem Gefälligkeiten erwies, so habe er sicher nicht damit gerechnet, daß diese Gefälligkeiten ihm zu Fallstricken werden würden.

Nach einer Aufstellung des Verteidigers hat Erzberger aus seiner Tätigkeit bei Thyssen, Anhydat, Berger, Kowatsch und Hapag etwa

195 000 Mark verdient,

davon habe er 60 000 Mark abgeben müssen, die er bei Richter verloren hat. In einem Zeitraum von neun Jahren habe dieser angebliche Schwerverdiener 135 000 Mark erworben. Dabei ist zu bedenken, daß es sich außer den Einnahmen von Thyssen durchweg um Erfindungen handelte, denn Erzberger ist der richtige Erfindertyp.

Rechtsanwalt Friedländer äußert einige Zweifel darüber, daß bei Helfferich nur die reine unverfälschte Liebe zum Vaterlande die Triebfeder seines Vorgehens gewesen sei; wenn das Gericht sich nicht überzeugen ließe, dann wäre es richtiger und mutigr, den Angeklagten ganz frei zu sprechen, oder, falls das Gericht nur eine formale Beleidigung annehmen wollte, eine Verurteilung zu 5 oder 10 Mark Geldstrafe auszusprechen, damit jedermann sieht, der Gerichtshof habe eigentlich freisprechen wollen.

Die Verhandlung wurde auf Montag vertagt.

In dieser Sitzung sollen die Repliken stattfinden, möglicherweise wird Erzberger noch einmal das Wort dabei ergreifen.

Uebernahme der Wasserstraßen durch das Reich

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Oldenburg, 5. März

Im Landtag wurde mitgeteilt, daß die Uebernahme aller Wasserstraßen durch das Reich geplant sei. Die diesbezügliche Konferenz der Einzelstaaten hat bereits in Würzburg stattgefunden.

Das Spiel mit dem Tode

60] Roman von Lola Stein.

„Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin."

5.

Der Staatsanwalt ging in seinen Ausführungen von vornherein davon aus, daß ein Giftmord mit allem Vorbedacht an Oberlandesgerichtsrat Hermann Lindner begangen worden sei. Er häufte alles Belastungsmaterial gegen den Angeklagten zusammen, er gab ein möglichst abschreckendes Bild seines Charakters, so wie er ihn sah, versicherte, daß er ihn jeder schlechten Tat für fähig hielte, wenn es die Erreichung eines ihm erwünschten Zieles galt.

Seine Leidenschaft zu Maja Lindner habe ihn toll und krank, habe einen völlig anderen Menschen aus ihm gemacht, das sei erwiesen und von ihm selbst auch zugegeben worden. Da es die begehrte Frau auf rechtmäßige Weise zu besitzen keine Möglichkeit gab, so griff er zu dem letzten verzweifelten Mittel: er räumte den unbequemen Rivalen durch Gift aus dem Wege.

Seine große und starke Macht auf Maja Lindner sei ebenfalls erwiesen. Wenn sie auch vielleicht rein und gut gewesen sei, bis der Angeklagte in ihr Leben trat, so hatte er es doch verstanden, sie hinüberzuziehen zu sich, sie hineinzureißen in Lüge und Verbrechen.

Nach den Zeugenaussagen schien es unmöglich, daß Raoul Bronsart seinem Feinde das Gift selbst beigebracht habe, so blieb also nur die von dem Staatsanwalt mit Sicherheit angenommene Möglichkeit, daß entweder Maja Lindner ihrem Manne auf irgendeine Weise jeden Abend, wenn das Ehepaar allein miteinander war, den verderblichen Trank gereicht, oder auch ihrem Gatten die ganze Dosis des Giftes zum Schlusse auf einmal beigebracht habe.

Das Gift habe Frau Lindner seiner Ansicht nach schon an jenem Abend von Raoul Bronsart erhalten, als sie allein mit ihm bei Adlon war. Sie aber habe noch als letztes Mittel, um sich mit dem geliebten Manne vereinigen zu können, eine Ehescheidung angestrebt. Als diese Hoffnung fehlschlug, habe sie sich nicht länger widersetzt und sei zu der Tat geschritten.

Daß der Tote Morphimist gewesen und die Vergiftung durch ihn selbst herbeigeführt sein sollte, wies der Staatsanwalt als undenkbar zurück. Von dieser Leidenschaft hätte die eigene Frau oder der langjährige Diener wissen müssen. Dies war aber nicht der Fall.

Raoul Bronsart habe sein belastetes Gewissen seinem einstigen Freunde gegenüber gar zu deutlich gezeigt, er selbst habe sich verraten.

Zum Schlusse seiner sehr ausführlichen Darlegungen beantragte der Staatsanwalt eine glatte Verurteilung der beiden Angeklagten. Er verlangte die Todesstrafe für Raoul Bronsart und Maja Lindner.

Ein Eiseshauch zog durch das Haus bei seinen Worten. Es war, als hörte man das Nahen des Todesengels.

Auch jetzt noch schien Raoul Bronsart unbewegt. Maja Lindner hatte die feinen Hände ineinandergeschlugen, starr, tränenlos und verzweifelt sah sie vor sich hin.

Die Rede des Staatsanwalts hatte nicht den von ihm gewünschten Eindruck gemacht, nicht beim Publikum, nicht bei den Geschworenen.

Die Zeugenaussagen waren nicht belastend genug gewesen, um den Glauben an die Schuld der Angeklagten zur Gewißheit werden zu lassen. Positives fehlte, es blieb alles bei Vermutungen, stark, stark waren die Zweifel in aller Herzen.

Die wenigsten vermochten an Maja Lindners Schuld zu glauben, sie erschien zu rein und zu unschuldsvoll, um dieses entsetzliche Verbrechen begangen zu haben. Raoul Bronsart hielten wohl die meisten, die ihn sahen und sprechen hörten, eines Verbrechens für fähig, auch war sein Benehmen Axel Lindner gegenüber stark belastend für ihn — aber da es unmöglich schien, daß er allein die Tat ausgeführt haben konnte, da man Maja Lindner die Beihilfe aber nicht zuzutrauen vermochte, so mehrten sich die Stimmen zu seinen Gunsten.

Sein Verteidiger erhob sich zu seinem Plaidoyer. Er hatte sich während der Verhandlungstage ziemlich zurückgehalten, hatte aber jeden Abend noch mit seinem Klienten konferiert.

Seine Rede war ein Meisterstück an Schärfe, Klugheit und Logik. Satz für Satz ging er auf das Plaidoyer des Staatsanwaltes ein, widerlegte dessen Behauptungen, verfolgte sie bis ins kleinste, zerpflückte sie und nahm ihnen ihre überzeugende Kraft, soweit sie solche besessen hatten. Seine eindrucksvolle Sprache, die beschwörende Wärme seines Tons blieb nicht wirkungslos auf die Geschworenen.

Er wies die Unmöglichkeit für Raoul Bronsart nach, Hermann Lindner Gift beigebracht zu haben, da er ja nie allein mit ihm war. Jener letzte Abend, der vielleicht verhängnisvoll für ihn hätte werden können, wurde durch die Aussage des Zeugen Paul zur Entlastung für ihn.

Sein seltsames Benehmen in den späteren Monaten versuchte der Verteidiger mit überreizten Nerven und vor allem mit der Liebesleidenschaft Raoul Bronsarts zu erklären, der in dem Toten noch den Rivalen erblickte, der ihm immer noch den einstigen Besitz der angebeteten Frau neidete, der noch nicht zu vergessen vermochte, daß Maja Lindner einst einem anderen Manne angehört. Er hatte die Vergangenheit auslöschen, sie totschweigen, sie vergessen wollen. Da kam Axel Lindner und sprach von ihr. Nannte wieder und wieder den Namen des Mannes, den Raoul Bronsart gehaßt, der ihm sein Liebstes einst gequält und unglücklich gemacht. War es ein Wunder, daß ihn jedesmal, wenn der Name des Toten fiel, eine große Erregung überkam, war es ein Wunder, daß seine Nerven schließlich versagten und ihn zu Worten und Handlungen hinrissen, die zu anderen Zeiten nie geschehen wären? Man mußte das eine bedenken: immer noch stand Raoul Bronsart nicht am Ziele seiner Wünsche. Maja Lindner war seine Braut, aber noch nicht sein Weib. Das lange Warten auf das ersehnte Ziel, das Verlangen nach der Geliebten hatte den Mann elend und krank gemacht. Raoul Bronsart war ein anderer geworden durch seine Liebe, das hatte man wieder und wieder gehört. Erklärte, entschuldigte diese tolle und heiße, ungestillte und quälende Leidenschaft nicht vieles, nicht alles?

An dieser Stelle versagte auch des Verteidigers Kunst und Kraft. Auch ihm gelang es nicht ganz, Raoul Bronsarts Benehmen glaubhaft erscheinen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192003061-14/fragment/page=0002

Die Aburteilung der „Kriegsverbrecher“

Verfassungswidrige Nationalversammlung

Berlin, 5. März.

Auf Anfrage des Abg. Weinhausen (Dem.) wird regierungsseitig geantwortet, daß die Gewährung von Krediten seitens holländischer Banken an Internierte in Holland, deren Rückzahlung jetzt nach dem augenblicklichen Kurswert verlangt wird, Privatsache sei. Der Regierung ständen keine Mittel zur Verfügung, um die Schuldner zu unterstützen.

Auf Anfrage Kunert (U. S.) wird geantwortet, daß die Regierung nach eben erfolgter Annahme des Betriebsrätegesetzes eine Aenderung der Bestimmungen desselben herbeizuführen nicht gewillt sei.

Abg. Kunert (U. S.) fragt an, ob die Reichsregierung bereit sei, die amnestierten Meuterer und Deserteure, die in der von Gerlach-Versammlung in Charlottenburg, geführt von gleichgesinnten Offizieren, anständige Staatsbürger in bestialischer Art mißhandelt hätten, zu entwaffnen und diese Horde von Militärs mit Noskeausweisen den Gerichten zu übergeben.

Regierungsseitig wird geantwortet, daß der Reichswehrminister es ablehne, auf eine auf solche Form gestellte Anfrage zu antworten.

Auf Anfrage Laverrenz (Deutschnat.) wird geantwortet, daß das Entschädigungsverfahren für Kolonialdeutsche möglichst beschleunigt werden solle.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfes zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen usw.

Abg. Dr. Düringer (Deutschnat.) (auf der Tribüne zum Teil unverständlich): Als wir dem Gesuch vom 18. Dezember 1919 zustimmten, verlangten wir einen mit den höchsten Garantien ausgestatteten Gerichtshof und ein dementsprechend ausgestattetes Verfahren. Damit glaubten wir an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen zu sein. Angesichts des blinden, fanatischen Hasses unserer früheren Feinde, insbesondere der Franzosen, erscheint der Optimismus der sozialdemokratischen und demokratischen Partei nicht angebracht zu sein. Auch durch die Erfahrungen mit den berühmten 14 Punkten Wilsons sind wir mißtrauisch geworden. Wenn wir einen Erfolg bezüglich der

Auslieferung der Kriegsverbrecher

unseren Feinden gegenüber zu verzeichnen haben, so haben wir das nicht der Regierung zu verdanken, sondern dem unerschütterlichen Willen des Volkes. (Sehr richtig!) Ich will noch auf einen wichtigen Punkt hinweisen, den gerade ich als früheres Mitglied des Reichsgerichts wohl hervorheben darf, das Vertrauen zu unserer deutschen Rechtsprechung. Das Ansehen, das speziell der höchste deutsche Gerichtshof in Leipzig auch im Auslande genießt, hat für die Entschließungen unserer früheren Feinde zweifelsohne einen nicht zu unterschätzenden Faktor gebildet. Bei einem Kongreß in London habe ich mit sehr viel hochgestellten Richtern gesprochen und überall eine große

Anerkennung der deutschen Justiz

gefunden, speziell der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts Hamburg und des Reichsgerichts. Dieses Urteil wurde abgegeben auf Grund ernsthafter sachlicher und sachgemäßer Beurteilungen. Jetzt müssen wir sehen, wie das Ansehen unserer Justiz preisgegeben wird. Der Spruch „justitia fundamentum regnorum“ gilt nicht nur für die Monarchie, sondern im gleichen Maße für die Republik. Auf dem Recht baut sich der Rechtsstaat auf, wir wollen ein

Rechtsstaat

bleiben. Die Regierung hat es versäumt, das nötige Material betreffend Verurteilungen und Freisprechungen sich zu verschaffen. Es wäre Aufgabe der Nationalversammlung gewesen, ihrerseits einzugreifen; aber die Interessen der Nationalversammlung liegen viel zu viel auf parteipolitischen Gebieten. (Sehr richtig! rechts.) Angesichts der uns gegebenen Versprechungen und Zusicherungen unserer Feinde, die nicht gehalten worden sind, können wir nicht erwarten, daß sie auch jetzt ihre Zusicherungen halten. Der moralische Kredit unserer früheren Feinde hat bei uns Schiffbruch gelitten. Wir haben nach den bisherigen Erfahrungen den Glauben an die Gerechtigkeit sowohl, als an die Menschlichkeit unserer Feinde verloren. (Beifall.)

Reichsjustizminister **Schiffer**: Wir wünschen, daß die Sprüche des Reichsgerichts möglichst bald herbeigeführt werden. Dazu müssen wir auch die Namen und Adressen derer haben, die in der Liste ohne Namen angeführt sind. Die Betreffenden müssen sich melden, um eine Klärung der Sachlage zu beschleunigen. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. **Kahl** (D. Vpt.): Meine Partei nimmt das Gesetz an, allerdings nur mit äußerstem Widerstreben. Ist die Regierung bereit, auf die Note Lloyd Georges vom 13. Februar mit ihren entehrenden Unterstellungen eine Antwort, und zwar

eine deutsche Antwort,

zu geben?

Reichsminister **Müller**: Selbstverständlich wird die Regierung die noch unbeantwortete Note vom 13. Februar beantworten und sich verwahren gegen die Angriffe. Die Regierung wollte die Verabschiedung dieses Gesetzes abwarten. Ebenso selbstverständlich werden wir auch für diejenigen, die in Feindesland oder im besetzten Gebiet sich befinden und dort wegen angeblicher Kriegsverbrechen ergriffen werden, das gleiche Recht verlangen, wie für alle anderen Deutschen. Ueberall in der ganzen Welt ist man heute überzeugt, daß Schweinereien und Verbrechen in allen Ländern vorgekommen sind. Die deutsche Regierung hat niemals ihrerseits das Verlangen gestellt, daß gegnerische Generale an uns ausgeliefert werden sollen. Die Ausgabe einer Gegenliste durch uns wird vielfach gefordert. Glaubt jemand, die Entente würde ihre Leute daraufhin bestrafen? Die Regierung muß sich den Zeitpunkt vorbehalten, wann sie mit der Liste herauskommt.

Abg. **Katzenstein** (Soz.) spricht für die Annahme des Entwurfes. Die Opposition der Rechten sei recht billig gewesen.

Nachdem sich noch der Abg. Falk (Dem.) gegen den Abg. Düringer gewandt hat, **wird das Gesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.**

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Landessteuergesetzes.

Abg. **Leicht** (Zentr.): Das Gesetz ist ein Alimentationsgesetz mit allen Nachteilen eines solchen. Es hebt die Selbständigkeit der Länder und Gemeinden vollkommen auf.

Abg. Dr. **Becker-Hessen** (D. Vpt.): Meine Partei wird ihre Zustimmung zu dem Gesetz von seiner endgültigen Gestaltung in der dritten Lesung abhängig machen.

§ 1 wird angenommen.

Zu § 2: Die Inanspruchnahme von Steuern für das Reich schließt die Erhebung gleichwertiger Steuern durch die Länder und Gemeinden aus usw." bemerkt

Abg. Dr. **Beyerle** (Bayr. Vpt.), daß der § 2 den Ländern die Finanzeinheit nimmt. Er widerspricht der Reichsverfassung.

Unterstaatssekretär **Moesle** führt aus, daß § 2 der Reichsverfassung nicht widerspreche, auch nicht der zweite Absatz, der die Erhebung von Zuschlägen zu Reichssteuern von den gesetzlichen Ermächtigungen abhängig macht. Dieser Absatz sei aus Zweckmäßigkeitsgründen hier eingefügt worden.

Abg. **Bohlmann** (Dem.) stimmt zu. Es sei richtig, daß wir uns mit diesem Gesetz in eine dunkle Zukunft hineinbegeben. Von dem Reiche müßten die nötigen materiellen Sicherheiten gewährt werden. Verfassungswidrig sei weder das Gesetz noch § 2.

Abg. **Vogel** (Zentr.): Das Gesetz entspricht in seiner Tendenz durchaus dem Geiste der Reichsverfassung. Der gewaltige Bedarf des Reiches, der Druck des Friedensvertrags zwingen uns, dem Reiche die Finanzhoheit einzuräumen.

Abg. **Düringer** (Deutschnat.): Meine Partei wird für den § 2 stimmen, aber gegen das Gesetz.

Abg. **Schneider-Franken** (D. Vpt.): Gewiß könne das Reich sämtliche Steuern in Anspruch nehmen, aber es könne die Länder und Gemeinden nicht von der Erhebung gleicher Steuern ausschließen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Zöphel (Dem.), Burlage (Zentr.) und Dr. Braun-Franken (Soz.), die für die Annahme des § 2 sprechen, wird über den Paragraphen namentlich abgestimmt. Der Paragraph wird mit 219 gegen 33 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Weitere Paragraphen werden angenommen.

Morgen 1 Uhr: **Fortsetzung**; Besitzsteuergesetz.

Schluß 6 Uhr.

Die widerspenstigen Polen

Abbruch der Korridor-Verhandlungen.

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 5. März.

Wie aus Warschau gemeldet wird, sind die Verhandlungen der deutschen Kommission über den ungehinderten Durchgangsverkehr durch den polnischen Korridor zwischen Ostpreußen und dem Reich auf einen toten Punkt gekommen, da die Polen sich beharrlich weigern, die von ihnen im Versailler Vertrag angenommenen Bedingungen in dieser Hinsicht auszuführen. Die deutsche Kommission will daher nach London zurückkehren.

Minister Koch über das Reichstagswahlrecht

Berlin, 5. März.

Ueber die Pläne der Regierung für das Reichstagswahlrecht hielt Reichsminister des Innern Koch heute, wie der „Lok.-Anz.“ meldet, einen Vortrag vor Pressevertretern. Dabei trat er entschieden für die Reichsliste und die Elastizität in der Größe der Wahlkreise ein.

Der Minister verbreitete sich zunächst über die Hauptmängel der Verhältniswahlen: die zu langen Listen und zu großen Wahlkreise. Dabei stellte er die langen Listen als Ursache des Kampfes aller gegen alle innerhalb der Parteien hin. Der Minister verwirft den Gedanken des Einmänner-Wahlkreises und sieht den einzigen Ausweg in einer Verkleinerung der Kreise. Bekanntlich soll auf 60 000 Stimmen ein Abgeordneter kommen. Der Nachteil, daß dadurch die Zahl der Reichstagsmitglieder schwanke, sei nicht zu ernst zu bewerten, da ja während der ganzen Gesetzgebungsperiode die Zahl gleich bleibe. Daß man aber durch diesen Wahlmodus sehr bald das Ergebnis der Wahl kenne, mache das Wahlverfahren volkstümlicher und erhöhe den Wahleifer.

Unter den Möglichkeiten, die überschüssigen Stimmen zu verwerten, empfiehlt Koch das Verfahren der

Reichsliste,

das auch den Leuten den Eintritt in das Parlament ermögliche, die den Zusammenhang mit den örtlichen Kreisen verloren haben, aber durch ihre hervorragenden Eigenschaften dem Lande erwünscht sein müssen. Dabei sei zu bedenken, daß auf diese Weise Interessentengruppen in den Reichstag kommen könnten — in Holland seien z. B. die Varietéwirte im Parlament vertreten! —, aber ein paar wild hineingekommene Leute spielten keine Rolle, und eine Vertretung der Fachinteressen durch einen neutralen Redner sei bekanntermaßen viel wirksamer.

Der Minister schildert den Unterbau für das Wahlsystem: Da eine Dreigliederung in Kreis-, Provinzial- und Reichsliste zu kompliziert wäre, so kommt man dazu, die Größe der Kreise elastisch zu machen und den Wünschen der Parteien anzupassen. Drei bis sechs infolge ihrer Struktur zusammengehörige Wahlbezirke kämen in Betracht, und die Möglichkeit läge vor, sich in diesem Rahmen miteinander zu verbünden. Diese Elastizität habe nur auf den ersten Blick Bedenken, besitze aber vor allem den Vorzug, daß der Abgeordnete sagen kann: dieser oder jener Bezirk hat mich gewählt, was eine größere Bodenständigkeit des Kandidaten herbeiführen würde.

An Nebenpunkten nennt der Minister die Einführung von Wahlkarteien statt der Wählerlisten, von Wahlpässen für Umherziehende und der Wahlberechtigung für die Auslandsdeutschen. Dies ist eine ganz besonders schwierige Frage. Da eine Wahlagitation im Auslande sich aus vielen Gründen als recht nachteilig erweisen könnte, müßten die Stimmzettel nach Deutschland geschickt werden. Ihr unpünktliches Eintreffen würde nichts schaden. Das Auswärtige Amt habe die Wahlberechtigung der Auslandsdeutschen warm empfohlen.

Noch schwieriger ist die Frage nach der Ausübung des Reichstagswahlrechts

in den Abstimmungsgebieten,

und der Minister sieht noch keine Lösung dieses Problems. Die Entente werde wohl kaum dulden, daß während der Besetzung abgestimmt werde. Sollte sie es aber doch, so wäre es sehr schädlich, wenn dort die Bevölkerung unter sich verhetzt würde. Die Entente hat über ihre Haltung bisher noch nichts mitgeteilt.

Der Minister verschloß sich dem nicht, daß er kein vollkommenes Verhältniswahlrecht vorlegen könne. Er teilte damit aber nur das Schicksal der Minister aller Länder, die bisher diesen Versuch unternommen haben.

*

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, dürfte bereits am Montag die Frage der Neuwahlen zum Reichstag im Plenum der Nationalversammlung zur Beratung kommen. In den Kreisen der Mehrheitsparteien wird nach wie vor die Meinung vertreten, daß der früheste Termin für die Neuwahlen der Herbst sein könne. Nur Mitglieder des rechten Flügels der Demokraten sind für Neuwahlen im Frühjahr.

*

Berlin, 5. März.

Der endgültige Entwurf des neuen Reichstagswahlrechtes entspricht im wesentlichen den bereits bekannten Mitteilungen. Insbesondere ist die Reichstagswahlliste erhalten geblieben, gegen die vielfach Einspruch erhoben wurde. Entsprechend dem Vorentwurf werden außerdem die Wahlbezirke zu Wahlverbänden zusammengefaßt werden, wobei es den Parteien überlassen wird, entweder Vorschläge für die einzelnen Wahlkreise oder für den Wahlverband einzureichen. Erwähnt sei, daß der Abgeordnete Payer sich gegen die Reichstagswahlliste ausgesprochen hat.

Eine Streikdrohung im „neuen Geist“. In der gestrigen Sitzung des badischen Landtags erklärte Finanzminister Wirth, wegen Beraubung einer größeren Zahl von Eisenbahnwagen auf dem Rangierbahnhof Mannheim befänden sich 76 Beamte und 103 Staatsarbeiter in Untersuchungshaft Der Verband des Deutschen Verkehrspersonals der Mannheimer Ortsgruppe ersuchte Wirth, weitere Verhaftungen zu unterlassen und alle zurückliegenden Fälle zu amnestieren. Falls diesen Wünschen nicht entsprochen werde, würde das Rangierbahnhofspersonal den Dienst einstellen. Wirth erklärte, er müsse es entschieden ablehnen, der Justiz in die Arme zu fallen. Diese Streikdrohung sei unerhört.

Halle und Umgebung

Halle, 6. März.

Zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen

wird uns von der Geschäftsstelle Halle des Deutschen Arbeiterbundes geschrieben:

Schwer lastet die Revolution mit ihren Folgen auf dem deutschen Volke und auf seinem Wirtschaftsleben. Es ist, als ob ein Teil der Arbeiterschaft von einer Krankheit ergriffen sei, die sie voller Unruhe zur Selbstzerfleischung und Vernichtung treibt. Die Hoffnungen, die auf die Revolution gesetzt wurden, haben sich als Seifenblasen erwiesen, und jeden Augenblick können die Anleihen und Vorschüsse, die der deutschen Volkswirtschaft auferlegt sind, zu einem ungeheuren Zusammenbruch führen. Da haben es die Arbeiter noch einmal — das letzte Mal — in der Hand, über ihr Geschick zu entscheiden, und haben zu bestimmen, ob die deutsche Volkswirtschaft, von der ihr ganzes Dasein abhängt, elend zu Grunde gehen oder zur Blüte gelangen soll. Das Hilfsdienstgesetz hat die Arbeiterausschüsse, die vorher auf den Zechen und Fabriken bestanden, zu einer gesetzlichen Einrichtung gemacht. Durch den Regierungserlaß vom 5. März 1919 haben die Arbeiterausschüsse mit ihrer Neuwahl den Namen Arbeiterräte erhalten.

Durch das Betriebsrätegesetz vom 18. Januar 1920 bekommen wir Betriebsräte, Angestelltenräte, Arbeiterräte, ferner einen Wirtschaftsrat, einen gemeinsamen Betriebsrat, einen Beriebsrat für Hausgewerbetreibende, den Betriebsobmann und gemeinsamen Betriebsobmann, zum Schluß den Bezirks- und Reichsarbeiterrat und Reichswirtschaftsrat. Die Kosten trägt nach dem Gesetz der Arbeitgeber. Alle diese Räte haben die Befugnis, bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken.

Die große Verantwortung, die auf den Räten ruht, muß die Arbeiterschaft veranlassen, bei der Auswahl ihrer Kandidaten recht vorsichtig zu sein und nur solche Vertrauenspersonen zu wählen, die tatsächlich über die nötigen Kenntnisse und über den guten Willen zu wahrhaft praktischer Arbeit verfügen. Die Betriebsräte dürfen keine politischen Diskutierklubs sein, sie dürfen nicht unter dem Einfluß ehrgeiziger Führer stehen, die sie zu irgendwelchen aussichtslosen und unheilvollen Experimenten mißbrauchen, um die Ertragsfähigkeit des Unternehmens zu schädigen. Denn das Wohlergehen des Werkes bedingt auch die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters. Deshalb muß für die Wahl in den Betriebsrat usw. das wirtschaftliche Glaubensbekenntnis der Kandidaten maßgebend sein. Der Kandidat muß sich auf seine Betriebserfahrungen stützen und darf unter keinen Umständen wie ein Kurpfuscher sich einbilden, den empfindlichen Verwaltungsrat eines großen Werkes eigenmächtig handhaben zu können. Das Schlagwort von der Sozialisierung hat schon genug Unheil angerichtet, und wir haben erlebt, daß eine willkürliche Umgestaltung unseres natürlich gewordenen und ausgebildeten Wirtschaftslebens nicht plötzlich möglich ist, sondern nur zum Schaden des Arbeiters ausschlägt.

Uebergriffe in die Verwaltungstechnik und in den Produktionsprozeß schlagen stets zum Nachteil der Arbeiterschaft aus. Dagegen können die Betriebsräte, wenn sie richtig zusammengesetzt sind und sich auf die Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse beschränken, sehr viel Gutes leisten. Werden die Betriebsräte aber zum Tummelplatz radikaler Elemente, dann werden die traurigen Zustände, die wir durch die wilden Streiks bekommen haben, nicht abreißen, vielmehr bis zur gänzlichen Vernichtung unserer Volkswirtschaft anhalten. Dieses Ende mit Schrecken kann kein ehrlicher Arbeiter wollen. Er wird fordern, daß die Betriebsräte als Beratungsstellen und gleichberechtigte Instanz die Wünsche der Arbeiter der Werkleitung vortragen und im Rahmen der Möglichkeit für die Erfüllung der Arbeiteransprüche sorgen.

Wenn die Betriebsräte sich nicht auf bürokratische Sozialisierung nach dem Erfurter Programm versteifen, wie es leider die Regierung getan hat, die zuletzt den Arbeitern doch nur Steine statt Brot zu bieten vermag, wenn die Betriebsräte vielmehr den Arbeitern greifbare Vorteile bieten, also für die Hebung des Unternehmens sich einsetzen, damit der Arbeiter auf ständigen Arbeitsverdienst rechnen kann, dann werden die Betriebsräte eine nützliche Einrichtung sein, zu der die Arbeiter Vertrauen haben können.

Da die Betriebsräte in ihrer Weiterbildung als Bezirksarbeiterräte und Reichsarbeiterrat auch über das Einzelunternehmen hinaus von Bedeutung sind und Einwirkung auf die Gesetzgebung haben, ist es notwendig, daß in ihnen keine Schwätzer, sondern gewissenhafte Arbeiter vertreten sind, die auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge ausreichende Kenntnis besitzen und mit Verbesserungsvorschlägen aufwarten können.

Wir fordern vor allem, daß die von der Volksregierung so feierlich verkündete Koalitionsfreiheit nicht mit Füßen getreten wird. Die Kontrolle über die Gewerkschaftszugehörigkeit an den Arbeitsstätten ist ein Hohn auf die Gewissensfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter. Hier Abhilfe zu schaffen, wäre eine dankbare Aufgabe der Arbeiterräte.

Die nationale Arbeiterschaft steht dem Gesetz zweifelnd gegenüber, ist aber bereit, dahin mitzuwirken, daß es dem wirtschaftlichen Frieden diene, bei Berücksichtigung der Arbeiter- und Angestellteninteressen in der Hoffnung und mit dem festen Willen mitzuarbeiten am Wiederaufbau unserer deutschen Volkswirtschaft.

— **Aufbau-Gesellschaft für Jugenderziehung und Volksbildung.** Ein bedeutsames Unternehmen auf dem Gebiet der Volksbildung wurde am 3. März unter starker Beteiligung von Jugendpflegern aus der Provinz Sachsen in Halle (Saale) gegründet: Der „Aufbau-Gesellschaft für Jugenderziehung und Volksbildung“. In den Vorstand wurden gewählt: Seminaroberlehrer Hemprich, Merseburg (Vorsitzender); Lehrer W. Thielsen (stellvertr. Vors.); Frau Dr. Wolff, Halle (Schriftführer); Verlagsbuchhändler Haupt (Schatzmeister). Dem Arbeitsgebiet der Gesellschaft werden weiteste Grenzen gesteckt: Herausgabe volkstümlicher und aufklärender Schriften aus allen Gebieten der Jugendpflege und Jugendbewegung, Einrichtung von Beratungsstellen für die verschiedenen Zweige der Jugenderziehung und Volksbildung (Büchereiwesen, Kunstpflege, Spielsachen, Handfertigkeit, Sport- und Leibesübungen), Veranstaltung von Vorträgen und Volksbildungsabenden. Aus den in allernächster Zeit erscheinenden Schriften seien besonders hervorgehoben: Hemprich, zeitgemäße volkswirtschaftliche und sozialpolitische Belehrungen, in denen der Verfasser auch eingehend auf die Utopie des Thomas Moms eingeht und ein mit vielen Bildern von Ludwig Richter geschmücktes Heftchen von Herrn Lehrer Thielsen „Vom Bilderbesehen“. — Von Oberlehrer Kaminski über „Die Jugendbühne“ und Herrn Oberlehrer Kaminski über „Die Jugendbühne“ und Herrn Lic. Strewe über „Die Nutzbarmachung des Kinos“.

Der Jahresbeitrag beträgt 10 Mark. Hoffentlich wird der Gesellschaft die Arbeit durch recht zahlreiche Beitrittserklärungen ermöglicht und erleichtert werden.

— **Sparkasse der Stadt Halle.** Vom 1.—29. Februar d. Js. gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 31. Januar d. J. = 94 964 497 M. gegen 90 491 121,28 M. im Vorjahre. Einzahlungen vom 1.—29. Februar 27 016 548,80 M. gegen 5 206 370,35 M. im Vorjahre. Zusammen: 101 981 046,07 Mark gegen 95 697 491,58 M. im Vorjahre. Rückzahlungen vom 1.—29. Februar = 8 517 537,50 M. gegen 3 274 058,43 M. im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192003061-14/fragment/page=0003

Vorjahre. Bestand am 29. Februar d. J. = 93 463 458,57 M. gegen 92 423 433,15 M. im Vorjahre.

— U.-T.-Lichtspiele, Leipziger Straße. „Spitzen" — ein neuer Film nach dem Roman von Paul Lindau — läuft jetzt über die weiße Wand. Die Spitzen regieren das Geschick ihrer Besitzer und sind schließlich die Ursache zu gewaltsamem Tod. Die Darsteller charakterisieren die handelnden Personen in meisterhafter Weise, Agnes Rehni als Gräfin Juliane von Iseneck, Kage Föne Fürst Ulrich von Engernheim-Kypstein und Gudrun Houlberg als Prinzessin Aliz, die Kusine der Gräfin. — Als lustige Zugabe ist der dreiaktige Schwank „Was tut man nicht alles fürs Kind" dem Programm beigefügt.

Familien-Nachrichten

Verlobungen: Charlotte Uhlig und Kurt Bauer, Radewell. — Mizze Banse und Nils Hegardt, Köthen.

Todesfälle: Am 4. März Karl Kirchhoff im 24. Lebensjahre. — Gastwirt Ferdinand Hochmuth im 81. Lebensjahre. — Schuhmachermeister Ernst Bitkow im 70. Lebensjahre. — Hilfsweichensteller Otto Barth im 34. Lebensjahre. — Zugführer i. R. Wilhelm Rase. — Heinz Kahse im 2. Lebensjahre. — Frau verw. Elisabeth Heim im 66. Lebensjahre. — Frau Henriette Klepzig im 71. Lebensjahre. — Frau Johanna Kellermann im 80. Lebensjahre.

Provinz Sachsen

Einbruch in das Dessauer Mausoleum

R. Dessau, 5. März.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde, wie erst jetzt bekannt wird, in die Auferstehungskapelle des Mausoleums ein Einbruch verübt. Die Diebe drangen in die Gruft ein und erbrachen die Särge des Herzogs Friedrich I. und seiner Gemahlin Herzogin Antoinette, Herzogs Eduard und des Erbprinzen Leopold. Der Sarg des Herzogs Friedrichs II. blieb unberührt. Den Einbrechern dürften Wertgegenstände, auf die sie es abgesehen hatten, kaum in die Hände gefallen sein, da den Toten keine Schmucksachen beigegeben worden waren. Der Mausoleumsgärtner entdeckte die Tat am frühen Morgen und benachrichtigte die Polizei, die mit Hilfe eines Spürhundes feststellte, daß die Täter in der Querallee Räder bestiegen und das Weite gesucht hatten. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß zwischen dem Einbruch in das Charlottenburger Mausoleum und hier ein Zusammenhang besteht, arbeitet die Dessauer Kriminalpolizei mit der Berliner Hand in Hand zur Ausfindigmachung der Täter.

g. **Aus der Elster- und Luppeaue,** 5. März. (Die ersten jungen Gänschen) haben jetzt das Licht der Welt erblickt, da bei dem milden Winter das Leggeschäft verhältnismäßig frühzeitig begann und das Brutgeschäft sich naturgemäß bald anreihte. Bei der immer mehr zur Blüte gelangten Gänsezucht in den hiesigen Ortschaften hat ein gewisser Wettbewerb darin bestanden, die ersten jungen Gänschen zu ziehen, da diese selbstverständlich die erste schlachtreife Ware lieferten, für welche auch die höchsten Preise erzielt wurden.

g. **Raßnitz** (Kr. Merseb.), 5. März. (Brennholzversteigerungen.) Zu den kürzlich in hiesiger Gemeinde veranstalteten Versteigerungen von Pappelbrennholz hatte sich ein zahlreiches kauflustiges Publikum eingefunden, so daß sich bald ein recht lebhaftes Geschäft entwickelte. Bei der ersten Versteigerung wurden die Abraumhaufen bis 40 Mark das Stück bezahlt, während bei der zweiten die Preise hierfür bis auf etwa 20 Mark sanken. Das Scheitholz war bei der letzten wieder erheblich teurer, indem das Raummeter 58 und sogar 65 Mark kostete. Die Nutzholzstämme, von denen der stärkste etwa 2½ Festmeter und die anderen bedeutend schwächer waren, sind bereits zuvor verkauft worden und für 220 Mark pro Festmeter an den Mann gekommen.

e. **Bernburg,** 5. März. (Zur Spielhöllenfrage.) In der Angelegenheit des Kurhauses, das zu einer Spielhölle umgewandelt werden sollte, ist, wie unser Sonderberichterstatter drahtet, dem Gemeinderat vom Staatsrat für Anhalt die telegraphische Mitteilung zugegangen, daß der Staatsrat bei seinem ursprünglichen Beschluß beharre und die Genehmigung nicht erteilen wird. Der vom Gemeinderat gebildeten Deputation, die mit dem Staatsrat verhandeln sollte, wurde bedeutet, daß sie sich nicht erst zu bemühen brauche. Der Magistrat gibt diese Mitteilungen der Oeffentlichkeit bekannt, daß damit der Gemeinderatsbeschluß hinfällig sei.

△ **Weimar,** 5. März. (Ein Haeckel-Haus in Jena.) Das Kuratorium des Ernst Haeckel-Museums in Jena erläßt einen Aufruf zur Gründung eines Haeckel-Hauses, welches nicht nur eine Erinnerungsstätte, sondern auch eine Fundgrube und Arbeitsstelle für weitere Forschungen, besonders auf dem Gebiet der Entwicklungslehre, werden soll. Das war Haeckels letzter Wunsch, und man hat bereits mit der Umgestaltung der einstigen Villa des Gelehrten begonnen. Es soll ein Fonds geschaffen werden, um das dauernde Bestehen dieses Haeckel-Hauses sicherzustellen.

△ **Weimar,** 4. März. (Der Thüringer Lehrerbund) erläßt soeben folgende vernünftige Warnung: In Bayern, Baden und Sachsen tobt ein heftiger Kampf zwischen Beamten und Lehrern um Rang- und Besoldungsordnung. Das zeugt nur davon, daß die streitenden Parteien wenig Menschenkenntnis und Witterung für das dem eigenen Interesse Zuträgliche haben; denn alle anderen Staatsbürger stehen einem solchen Streite innerlich kalt gegenüber und begleiten ihn gewöhnlich nur mit jener Schadenfreude, die der selbstmörderische Wettkampf der ständischen Eifersucht bei dem zuschauenden Dritten auslöst. Die Arbeitsgemeinschaft Thüringer Beamtenverbände hat vorgebeugt, daß solche Dinge in Thüringen nicht geschehen sollen. Man hat sich das Versprechen gegeben, die widerstreitenden Gegensätze der einzelnen Gruppen nicht in der Oeffentlichkeit auszutragen. Wir fordern deshalb alle Lehrer auf, dieses Abkommen in keiner Weise zu verletzen und wenn es von anderer Seite verletzt werden sollte, dem Vorstand des Thüringer Lehrerbundes die notwendigen Schritte zu überlassen.

Volkswirtschaft

Aktiengesellschaften

* **Wegelin & Hübner, Maschinenfabrik und Eisengießerei, A.-G., in Halle.** In der gestern stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung waren 27 Aktionäre mit einem Aktienkapital von 1 058 000 Mark vertreten. Die Generalversammlung genehmigte den vorgelegten Geschäfts- und Revisionsbericht und erteilte dem Aufsichtsrat Entlastung. Die sofort zahlbare Dividende wurde auf 7 Proz. festgesetzt. Der aus dem Aufsichtsrat ausscheidende Justizrat Herzfeld wurde einstimmig wiedergewählt. Obwohl sich die Verhältnisse in den letzten Zeiten gebessert haben, läßt sich gegenwärtig über die Aussichten nicht viel sagen. Das Geschäftsergebnis des nächsten Jahres hängt von der Beschaffung der Rohmaterialien ab, denn nicht nur Kohlen und Koks, sondern auch Gußeisen ist schwer zu beschaffen. Die Aufträge für die nächste Zeit sind zufriedenstellend.

* **Bernburger Saalmühlen, A.-G., Bernburg.** In der außerordentlichen Generalversammlung wurde, wie unser Mitarbeiter drahtet, beschlossen, das Aktienkapital um 500 000 Mark auf 1 Million durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen. Die Aktien werden von der Anhaltisch-Dessauischen Landesbank, Filiale Bernburg, übernommen mit der Verpflichtung, sie den Aktionären der Gesellschaft in der Weise zum Bezuge anzubieten, daß auf je 1000 Mk. neue Aktien eine junge Aktie zum Kurse von 100 Prozent zuzüglich 5 Prozent Stückzins ab 1. Juli 1919 bezogen werden kann.

Hallesche Kaliwerke Akt.-Ges. Die Tagesordnung der auf den 22. März einberufenen ordentlichen Generalversammlung enthält folgenden Antrag: Ergänzung des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung vom 14. Oktober 1918, die Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft von 5 Millionen auf 6,4 Mill. Mark betreffend.

Anhaltische Automobil- und Motorenfabrik A.-G. in Dessau. In dem Konkurs des Unternehmens, in dem die vorrechtslosen Gläubiger mit 616 812 M. Forderungen bisher 49½ Proz. erhalten haben, soll jetzt noch eine Nachtragsverteilung von einem halben Prozent erfolgen.

Elektrolytkupfer. (Notierung d. Ver. f. d. dt. Elektr. Notiz.) 4406 Mark.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse zeigte anfangs vorwiegend Realisationsneigung auf weitere Verflauung Wiens und Abgaben in Valutapapieren. Letztere wurden veranlaßt durch die Erwartung, daß die internationalen Bestrebungen zur Erleichterung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten erfolgreich sein werden. Auslands- und Valutapapiere waren daher besonders stark rückgängig. Kanada verlor 40, Otavi 78, Neuguinea über 100, Kolonialanteile über 300 Proz. Am Montanmarkt erfuhren Rheinische Braunkohlen eine Steigerung von über 100 Proz., Laurahütte eine solche um 9, Rheinstahl um 5 Proz. Im übrigen gaben die Kurse 20 Proz. nach. Als später Phönix nach anfänglicher 17proz. Abschwächung sprunghaft, angeblich auf ausländische Käufe, 40 Proz. gewannen, trat allgemein eine Besserung ein, die aber das Geschäft nicht besonders zu beleben vermochte. Auslandspapiere erholten sich teilweise auf die Verschlechterung der Markvaluta. Kaliwerte waren meist zu höheren Kursen umgesetzt. Schiffahrtswerte mit Ausnahme von Deutsch-Australischer Dampfschiffahrtsgesellschaft waren gebessert. Am Anlagemarkt gewannen türkische Lose 70 Mk. Mexikaner waren ungleichmäßig. Deutsche sowie österreichische Anleihen waren gut behauptet.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt zeigte das Geschäft nur geringe Belebung. Der Preisstand für Hafer erfuhr keine Veränderung. Die Unternehmungslust scheint vorsichtig geworden zu sein. Auch im Geschäft mit Hülsenfrüchten zeigte sich kaum eine Aenderung. Peluschken blieben vorwiegend angeboten. Ebenso Ackerbohnen. Gute Wicken waren zur Saat gefragt. Auch Lupinen waren begehrt. Rauhfutter war fest, da man bei der allgemeinen Aufnahme der Feldarbeiten eine Verringerung der Zufuhren befürchtete.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	75,20
5% Deutsche Reichsanl.	79,—
4 "	70,25
3½ " "	65,50
3 " "	71,50
4 Preuss. Konsols	73,50
3½ " "	64,—
3 " "	60,50
4 Charl. Stadtanl. 89/99	—,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	107,—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	110,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	105,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	102,—
4 " "	—,—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	37,80
4 Ungar. Gold-Rente	76,75
4 Ungar. Kronen-Rente	44,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	106,50
Halle-Hettstedter	100,50
Schantungbahn	697,—
Allg. Lokal-Str	174,—
Gr. Berl. Str.	176,50
Magdeburger Str.-B.	—,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—,—
Orientbahn	388,25
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	154,—
Hambg.-Südamerika	293,—
Hansa-Dampfschiff	395,—
Nordd. Lloyd	183,25
Banken:	
Bank für Thür.	160,—
Berl. Handelsges.	230,—
Comm u. Diskontobank	178,50
Darmstädter Bank	148,50
Dess. Landesbank	—,—
Deutsche Bank	315,—
Diskonto-Comm.	239,—
Dresdner Bank	194,50
Credit-Anst. Leipzig	181,—
Mitteld. Kreditbank	155,—
" Privat-Bank	176,—
Nationalbank	148,—
Oesterr. Kredit	130,—
Reichsbank	165,—
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	316,—
Akt. f. Anilin	404,—
Allgem. Elektr.-Ges.	460,—
Ammendorfer Papierf.	900,—
Anhalter Kohlenw.	390,—
Annaberger Steingut	371,—
Badische Anilin	600 —
Bergmann-Elekt.-Akt.	307,—
Berl. Masch.-Bau	482,—
Bismarckhütte	465,—
Bochumer Gußstahl	424⅞
Chem. Fabrik Buckau	—,—
Chem. Griesheim	390,—
Chem. v. Heyden	474,50
Consolidation Schalke	585,—
Cröllwitzer Papierfabr.	392,—
Daimler-Motoren	300,—
Deutsch-Luxemburg	396,—

Deutsche Ueberse e-El.	1305
Deutsche Erdöl	885,—
Deutsche Gasglühl.	5120
Deutsche Kali	557,—
Deutsche Waff. u. Mun.	529,—
Donnersmarkhütte	430,—
Döring u. Lehrmann	185,—
Dürkoppwerke	—,—
Elberfelder Farben	485,—
Engelhard Brauerei	—,—
Felten u. Guilleaume	—,—
Gasmotoren Deutz	280,—
Gebhardt u. Co.	—,—
Gebhardt u. König	290,—
Gelsenkirch. Bergb.	401,—
Glanziger Zuckerfbr.	530,—
Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
Hann. Masch.	510,—
Harpener Berg	434,—
Hasper Eisen	409,—
Hirsch Kupfer	370,—
Höchster Farbw.	445,—
Hoesch Eisen u. Stahl	440,—
Hohenlohe-Werke	277,—
Humboldt-Masch.	238,—
Ilse-Bergbau	630,—
Kahla-Porzellan	650,—
Kaliw. Aschersleben	500,—
Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Kyffhäuserhütte	—,—
Lahmeyer u. Co.	260,—
Lauchhammer	—,—
Laurahütte	365,—
Lingel. Erfurt	—,—
Linke u Hofmann	610,—
Ludwig Loewe u. Co.	475,—
Lothringer Hütte	356,—
Mannesmannröhren	422,—
Maschinenfabr. Buckau	312,—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	273,50
do. Caro Heg.	281,—
do. Kokswerke	—,—
Orenstein u. Koppel	380,—
Phönix-Bergb.	650,—
Rhein. Metall-Vorz.	300,—
Rhein. Stahlwaren	450,—
Riebeck. Montan	440,—
Rombacher Hütten	—,—
Rositzer Braunk.	400 —
Rositzer Zucker	289,—
Sangerhäuser Masch.	—,—
Hugo Schneider u. Co	399,—
Schuckert u. Co.	248,—
Siemens u. Halske	439 75
Stettiner Chamotte	240,—
Stettiner Vulkan	320,—
Stollberger Zinkh.	400,—
Strals. Spielkarten	399,—
„Terra", Samen-A.-G.	—,—
Thale-Eisenhütte	642,75
Triptis-Akt.-Ges.	338,—
Türkische Tabakregie	1630
Ver. Köln-Rottweiler	—,—
Glanzstoff Elberf.	—,—
Wegelin u. Hübner	240,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	735,—
Wittener Gußstahl	735,—
Wrede-Mälzerei	—,—
Zeitzer Masch.	540,—
Zellstoff Waldhof	355,—
Otavi-Minen	1135

Tendenz: fest.

Devisen-Notierungen:

Berlin, 5. März.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	3661	3669	New-York	99,50	99,70
Brüssel-Antwerp.	736¾	738¼	Paris	707,30	708,70
Christiania	1701¼	1704¾	Schweiz	1638¼	1634¾
Kopenhagen	1516	1519	Spanien	1735¾	1739
Stockholm	1895	1902	Wien (altes)	40,21	41,29
Helsingfors	404½	465½	Oesterreich abgest.	39,46	39,54
Italien	539½	540½	Prag	100,65	100,85
London	350,65	351,35	Budapest	35,46	35,55

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 5. März. Preise für 100 kg in Mark. Raffinade Kupfer: 3500/3600. Elektrolytkupfer: —,—. Orig.-Hütten-Weichblei: 1725—1750. Hütten-Rohzink: 1000, desgl. im freien Verkehr: 1575—1600. Orig.-Hütten-Aluminium: 6300. Banca-Straits Billiton-Zinn: 14100—14200, 98%, 99%, Hütten-Zinn: 13900—14000 98% 99% Rein-Nickel 8100/8200. Antimon-Regulus: 2400.

Kirchl. Anzeigen von Halle u. Vororten.

Sonntag Okuli, den 7. März 1920.

St. Ulrich: Vorm. 10 Uhr Oberpf. Richter. Vorm. 11½ Uhr Franck. Kindergottesdienst (Martinschule; P. Heintke. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst (Kirche); Oberpf. Richter. Nachm. 4 Uhr Prüfung der Konfirmanden; P. Heintke. Mittwoch abends 6 Uhr Passionsgottesdienst; P. Thiede.

Ostbezirk (Krondorferstr. 6a): Vorm. 10 Uhr Vikar Ett. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst; P. Thiede.

Johanneskirche: Vorm. 9 Uhr Konfirmation; P. Butz. Kindergottesdienste: Vorm. 11½ Uhr P. Tischer, mittags 12¾ Uhr P. Butz, nachm. 2 Uhr P. Faßmer. Nachm. 4 Uhr Prüfung der Konfirmanden; P. Tischer. Abends 6 Uhr Abendmahlsfeier; P. Butz. Freitag abends 8 Uhr Passionsgottesdienst; P. Faßmer.

Zu St. Moritz: Vorm. 10 Uhr P. Voigt. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst; Derselbe. Nachm. 5 Uhr Oberpfarrer Keller. Beichte und heil. Abendmahl; Derselbe.

Hospital: Vorm. 10 Uhr Oberpf. Keller.

St. Georgen: Vorm. 8½ Uhr Konfirmation (Abendmahl); P. Körner. Vorm. 11 Uhr Konfirmation einer Abteilung Knaben (Abendmahl); P. Witte. Kindergottesdienste: Vorm. 11¾ Uhr im Saale des Gemeindehauses; P. Witte, 11¾ Uhr in der Kapelle P. Hellmann, nachm. 2 Uhr in der Kapelle P. Gieseke. Nachm. 5 Uhr Predigt-Gottesdienst; P. Hellmann. Mittwoch abends 8 Uhr Passionsgottesdienst in der Kapelle; P. Witte. — Paul Riebeck-Stift: Sonntag vorm. 10 Uhr P. Gieseke. — Provinzial-Blindenanstalt: Sonntag vorm. 10 Uhr P. Hellmann. Donnerstag nachm. 5 Uhr Kindergottesdienst; Derselbe.

Domkirche (reform. Gemeinde): Vorm. 10 Uhr Domprediger Lic. Baumann. Vorm. 11¾ Uhr Kindergottesdienst; Derselbe. Abends 6 Uhr Dompred. Geh. Konf.-Rat Josephson. Dienstag abends 8 Uhr biblische Besprechung Kl. Klausstr. 12. Freitag abends 8 Uhr Passionsandacht: Dompred. Prof. D. Lang.

St. Laurentiuskirche: Vorm. 10 Uhr P. Wagner (Abendmahl). Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst (Gemeindehaus; P. Förster. Nachm. 3 Uhr Sonntagsfeier der Alten und Einsamen. Abends 6 Uhr siehe Gemeindehaus. Mittwoch abends 6 Uhr Passionsgottesdienst (Gemeindehaus); P. Förster.

St. Stephanuskirche: Vorm. 10 Uhr Sup. Meinhof (Abendmahl). Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst im Gemeindehaus; P. Dr. Hagemeyer. Abends 6 Uhr im Gemeindehaus; Derselbe. Montag abends 8 Uhr Diskussions-Abend im Gemeindehaus; P. Dr. Hagemeyer. Bezirksleiter Schwänzel: „Die Bedeutung der christl. Gewerkschaft" Donnerstag abends 8 Uhr Passionsgottesdienst (Gemeindehaus); Sup. Meinhof. Freitag abends 8 Uhr Mütterabend im Gemeindehaus; P. Dr. Hagemeyer.

Diakonissenhaus: Vorm. 10 Uhr Sup. Moehr. Mittwoch abends 8 Uhr 4. Passionsandacht; P. Knak.

Pauluskirche: Vorm. 10 Uhr Kandidat Rudloff. Kindergottesdienste im Gemeindehaus: Vorm. 11¼ Uhr P. Haberland, nachm. 2 Uhr Kandidat Rudloff. Nachm. 5 Uhr P. Haberland (Gemeindehaus). Dienstag abends 8 Uhr Passionsstunde (Gemeindehaus): P. Haberland. Donnerstag abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde (Gemeindehaus); P. Wallis. Donnerstag abends 8 Uhr Männerabend (auch für Frauen) des oberen Bezirks; P. v. Broecker. Herr Fortbildungsschuldirektor Könecke: „Aus der Arbeit an der gewerblichen Jugend".

St. Bartholomäus: Vorm. 10 Uhr P. Knoblauch-Teicha. Vorm. 11¾ Uhr Kindergottesdienst; Vikar Wind. Abends 6 Uhr Vikar Molkenteller. Mittwoch vorm. 10 Uhr Beichte und Abendmahl: Sup. Hellwig.

St. Petrus: Vorm. 10 Uhr Vikar Molkenteller. Vorm. 11¼ Uhr Kindergottesdienst; P. Kunitz. Mittwoch abends 6 Uhr Passionsgottesdienst; Sup. Hellwig.

Halle-Trotha: Vorm. 10 Uhr P. D. Jenrich. Vorm. 11¼ Uhr Kindergottesdienst; Derselbe. Mittwoch abends 8 Uhr Passionsgottesdienst; P. Dr. Jenrich. Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde; Derselbe.

Evang.-luth. Gemeinde Weidenplan 4: Vorm. 9½ Uhr Beichte, 10 Uhr Predigt und hl. Abendmahl; P. Wottrich. Nachm. 2½ Uhr Christenlehre; Derselbe.

Stadtmissionshaus (Weidenplan 4): Sonntag abends 8¼ Uhr Missionsabend. Redner: Geheimrat Haußleiter. Nachm. 5 Uhr Verein junger Mädchen. Dienstag abends 8¼ Uhr Bibelstunde. Mittwoch abends 8¼ Uhr Christl. Verein junger Mädchen. Freitag abends 8¼ Uhr Allgem. Gebetsstunde. Blaukreuzfamilienabende: Dienstag abends 8¼ Uhr Hohenzollernstr. 11. Freitag abends 8¼ Uhr Pestalozzistr. 4. Sonnabend abends 8¼ Uhr Weidenplan 4. — Filiale Schmiedstr. 21: Donnerstag abends 8¼ Bibelstunde.

Bund Hallescher Gemeinschaften. 1. Domgemeinschaft Kl. Klausstraße 12: Dienstag abends 8¼ Uhr Bibelst. m. Besprech. 2. Gemeinschaft der Johannesgemeinde Lauchstädterstr. 28: Sonntag abends 8¼ Uhr allgem. Gemeinschaftsstunde. 3. Paulus-Gemeinschaft Hohenzollernstraße 11: Dienstag nachm. 5 Uhr Gemeinschaftsstunde. 4. Gemeinschaft der Ev. Stadtmission Weidenplan 4: Dienstag abends 8¼ Uhr Bibelstunde.

Christliche Gemeinschaft Margaretenstr. 5: Sonntag vorm. 11½ Uhr Kinderstunde, nachm. 3 Uhr Vereinigung junger Männer, abends 8¼ Uhr Evangelisationsversammlung. Mittwoch abends 8¼ Uhr Vereinigung junger Mädchen. Donnerstag abends 8¼ Uhr Bibelstunde.

Gemeinschaftssäle. Alte Promenade 8. Sonntag vorm 10 Uhr Bibelbesprechstunde, vorm. 11¼ Uhr Kinderstunde, abends 8 Uhr Evangelisationsvortrag. Donnerstag abends 8 Uhr Bibelbesprechstunde.

Friedenskirche (Baptisten) Ludwig-Wuchererstr. 39: Vorm. 9 Uhr Gebetsandacht, vorm. 9½ Uhr Gottesdienst (Pred. Klinger), vorm. 11 bis 12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Gottesdienst (Pred. Klinger). Anschließend Abendmahlsfeier und dann Jugendverein. Mittwoch abends 8 Uhr Gebetstunde (Pred. Klinger). — Nietleben (Quellgasse 22c): Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, vorm. 11—12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Gottesdienst. Donnerstag abends 6¾ Uhr Versammlung (Pred. Klinger).

Methodisten-Gemeinde (Aktusgebäude des Pädagogiums der Franckeschen Stiftungen, Eingang Waisenhaus-Apotheke: Sonntag vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Gottesdienst. Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde.

St. Franziskus- u. Elisabethkirche: Morg. 7 Uhr Frühmesse, vorm. 8 Uhr hl. Messe mit Predigt, 9½ Uhr Kindergottesdienst, 10¾ Uhr Hochamt mit Predigt, abends 6 Uhr Fastenpredigt und Andacht. An den Wochentagen sind morgens 7¼ und 8 Uhr hl. Messen.

St. Barbara-Kapelle (Barbarastr.): Vorm. 9 Uhr Hochamt mit Predigt, nachm. 2 Uhr Segensandacht.

St. Norbertkirche (Halle-Giebichenstein): Vorm. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Hochamt, abends 7 Uhr Fastenandacht mit Predigt und Segen.

Diemitz: Vorm. 9½ Uhr Predigtgottesdienst. 10½ Uhr Kindergottesdienst; Pfarrer Petzold. Freitag abends 8½ Uhr bibl. Besprechung im Pfarrhause.

Ammendorf: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst; P. Balthasar. Nachm. 1 Uhr Versammlung der Konfirmierten; Derselbe. Mittwoch abends 7 Uhr Beichte und Abendmahl; Sup. Bodenstein. — Beesener Kirche: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst; P. von Stein.

Radewell: Vorm. 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Beichte und Abendmahl; Sup. Bodenstein. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst; Diakon Sann. Nachm 2 Uhr Unterredung mit den Konfirmierten in der Kirche; Sup. Bodenstein. Donerstag abends 8 Uhr Passionsgottesdienst in der Kirche; Sup. Bodenstein.

Böllberg: Nachm. 2 Uhr Gottesdienst; P. Nitzschke. Mittwoch abends 6 Uhr Passionsgottesdienst; Derselbe.

Wörmlitz: Vorm. 9 Uhr Gottesdienst; P. Nitzschke. Donnerstag abends 6 Uhr Passionsgottesdienst; Derselbe.

Passendorf: Vorm. 10½ Uhr Spätgottesdienst. Freitag vorm. 10 Uhr Passionsandacht.

Dölau: Vorm. 11 Uhr Lesegottesdienst.

Lettin: Vorm. 8½ Uhr Lesegottesdienst.

Seeben: Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Wettiner Kirchennachrichten.

Sonntag Okuli, den 7. März 1920.

Nikolaikirche: Vorm. 9½ Uhr Oberpf. Jeschke. Vorm. 10¾ Uhr Kindergottesdienst; Derselbe. Donnerstag abends 6 Uhr Passionsandacht mit Abendmahlsfeier; Oberpf. Jeschke.

Burgkirche Vorm. 9½ Uhr Burgpred. Calaminus.

Döblitz: Nachm. 1 Uhr Oberpf. Jeschke. Freitag abends 7 Uhr Passionsandacht mit Abendmahlsfeier; Oberpf. Jeschke.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: i. V. Erich Sellheim.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192003061-14/fragment/page=0004